



Auswärtiges Amt

C.A.P



Arbeitsgruppe Balkan

*„Neuordnung von Staat und Nation in Jugoslawien“*

Berlin, 26. Februar 2001

## **Gutachten**

### ***Der Sandžak zwischen Serbien und Montenegro***

von Prof. Dr. Stefan Troebst

---

Kooperationsveranstaltung:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh  
Centrum für angewandte Politikforschung, München  
Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin

---

## Der Sandžak zwischen Serbien und Montenegro

### *(0) Zusammenfassung*

Der Sandžak, dessen serbischer Teil die neunziger Jahre hindurch eine Region politisch induzierter interethnischer Spannung mittlerer bis hoher Intensität war, ist durch den Machtwechsel in Belgrad vom Oktober 2000 wenn nicht befriedet, so doch deutlich beruhigt worden. Während die südwestslawisch-, d. h. serbischsprachig-muslimische Bevölkerungsmehrheit hier gegen eine Auflösung der jugoslawischen Föderation ist, haben die gleichfalls Serbisch sprechenden Muslime im montenegrinischen Sandžak-Teil bereits 1996 zu einem Konsens mit Podgorica gefunden und befürworteten energisch die Unabhängigkeit Montenegros. Daß dieser an sich potentiell konfliktträchtige Staatenzerfall eine muslimische Konfliktdimension erhält, ist indes wenig unwahrscheinlich: Mittlerweile sind beide Sandžak-Teile gut in das politische System der jeweiligen Teilrepublik integriert.

### *(1) Verwaltungs-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur*

Der Sandžak ist eine aus elf Gebietskörperschaften bestehende, 8.687 Quadratkilometer große historische Region, die von der innerstaatlichen Grenze zwischen der serbischen und der montenegrinischen Teilrepublik der Bundesrepublik Jugoslawien zerschnitten wird sowie an das internationale Protektoratsgebiet Kosovo und an Bosnien und Herzegowina angrenzt. In religiöser, ethnischer und politischer Hinsicht unterscheidet sich der Sandžak deutlich von den übrigen Teilen Serbiens und Montenegros. 1991 besaß der Sandžak 441.000 Einwohner, darunter 229.000 bzw. 52% Muslime, 187.000 bzw. 44% Serben und Montenegriner sowie 25.000 bzw. 4% Sonstige, vor allem Albaner, Roma, Türken und Kroaten. In drei der sechs Gemeindebezirke auf der serbischen Seite stellten die Muslime die absolute Mehrheit – in Tutin (95% von 35.000), Sjenica (76% von 34.000) und Sandžak-Hauptort Novi Pazar (76% von 86.000). In den anderen drei Bezirken Priboj, Prijepolje und Nova Varoš waren mehr als die Hälfte Serben. Insgesamt waren 1991 61% aller Bewohner des serbischen Sandžak-Teils Muslime – gegen über 40% im montenegrinischen Teil. Hier dominierten sie in den östlichen Bezirken Rožaje (88% von 23.000) und Plav (58% von 20.000), wohingegen in Bijelo Polje, Pljevlja und Berane (Ivangrad) Serben und Montenegriner die absolute Mehrheit stellten. Aufgrund unterschiedlicher Mobilitätsmuster und Geburtenraten von Christen und Muslimen hat sich der Anteil der Serben und Montenegriner im Sandžak kontinuierlich verringert. Ablesbar ist dies an den Daten der vorhergegangenen Volkszählungen: Betrug er 1978 noch 39%, war er 1988, also innerhalb eines einzigen Jahrzehnts, auf 29.5% gesunken. Die 44%-Marke von 1991 erscheint auf diesem Hintergrund eher als politische Vorgabe denn als Widerspiegelung der Realität. Denn wie überall in Jugoslawien ist die Ethnostatistik natürlich auch im Falle des Sandžak mit der gebotenen Vorsicht zu benutzen, denn weder in ethnischer noch in religiöser Hinsicht war und ist die Zuordnung zu den Kategorien „Serben“ (*srbin*) oder „Muslim“ (*muslimanin*) in jedem Fall eindeutig: Ebenso wie sich ein serbischsprachiger Muslim auf dem Zensusbogen als „Serbe“ oder „Türke“ deklarieren kann, kann sich ein Albaner oder Rom als „Muslim“ bezeichnen. Hinzu kommt die unklare Nomenklatur der Muslime selbst, die neben dieser religiösen Selbstbezeichnung auch eine regionale, nämlich „Sandžak-Bewohner“ (*sandžaklija*), sowie eine nationale, „Bosniake“ (*bošnjak*), verwenden – letztere im Unterschied zu dem in Bosnien geläufigen Regionalbegriff „Bosnier“ (*bosanec*). Die Zahl der Wohnbevölkerung wie die ethnischen Relationen im Sandžak haben sich im Zuge des Zerfalls des Titoschen Jugoslawien und der Kriege in Bosnien und Kosovo weiter dramatisch verändert: Bis zu 100.000 Muslime dürften aus der Region geflohen sein bzw. wurden vertrieben, vor allem in Richtung Bosnien und Herzegowina sowie EU, und wohl nicht mehr als 40.000 sind mittlerweile wieder zurückgekehrt. Hauptgründe für diese Migrationsbewegung waren systematische Menschenrechtsverletzungen durch serbische und

montenegrinische Behörden einschließlich der Armee Jugoslawiens, die im Westen der Region, also an der Grenze zur „Republika Srpska“, die Form ethnischer Säuberungen angenommen haben, sowie Kriegsangst zu Zeiten des Bosnien-Krieges und während der NATO-Luftangriffe.

Die wirtschaftliche Basis des Sandžak war im „alten“ Jugoslawien ebenso schwach wie diejenige Kosovos oder Makedoniens. Daran änderte auch die an Stalinschen Prinzipien orientierte Politik forcierter Industrialisierung im „zweiten“, Titoschen Jugoslawien wenig. Bis in die neunziger Jahre hinein bestimmte bäuerliche Subsistenzwirtschaft und städtische Bekleidungs- und Bauindustrie die Wirtschaft der Region. Dies änderte sich im „dritten“ Jugoslawien Miloševićs punktuell dadurch, daß sich im Sandžak-Hauptort Novi Pazar eine prosperierende, von Muslimen dominierte private Textil- und Schuhindustrie entwickelt hat, die auf Imitate westlicher Marken wie „Versace“ oder „Levi's“ spezialisiert ist und bis zu 10.000 Menschen (Niedrig-)Lohn und Brot bietet. Die gesamte Ära Milošević hindurch funktionierte eine stillschweigende Übereinkunft zwischen örtlicher Unternehmerschicht und Belgrader Parteioligarchie: Das Regime schützte die ca. 500 Betriebe der Produktfälscher vor dem juristischen Zugriff italienischer, US-amerikanischer und anderer Markenkonzerne, und die Imitatproduzenten ließen den Regimeparteien regelmässig hohe Beträge zukommen. Von diesen Zuwendungen dürften auch die staatliche Verwaltung der Region einschließlich der gänzlich serbisch dominierten Miliz profitiert haben.

## *(2) Von Osman I zu Tito*

Die „Geschichte“ hat bezüglich des ethnopolitischen Konflikts im Sandžak im letzten Dezennium des 20. Jahrhunderts noch weniger Erklärungskraft als dies mit Blick auf Bosnien, die Krajina oder Kosovo der Fall ist. Der Grund hierfür ist die seit dem Ende der osmanischen Herrschaft in ethnischer, religiöser, historischer u. a. Hinsicht überaus hohe „Viskosität“ der Region. Nachdem die Osmanen 1455 die vormals serbische Kernregion Raszien (serb. Raška) erobert hatten, gründeten sie 1461 die Stadt Yeni Pazar (serb. Novi Pazar), die sich zu einem wichtigen Handelsort auf dem Balkan entwickelte und 1877 zum administrativen Zentrum der Region aufgewertet wurde. Der Bezirk von Novi Pazar, auf Türkisch der Sancak von Yeni Pazar, ist der Namensgeber der heutigen Region Sandžak, wobei der Verwaltungsterminus *sancak* mit der türkischen Bezeichnung für „Fahne“ bzw. „Standarte“ identisch ist. Internationale Berühmtheit erlangte das Gebiet auf dem Berliner Kongreß von 1878, der Österreich-Ungarn neben Bosnien auch die militärische Besetzung des Nordwestteils des Sandžaks einräumte. Zwar konnten osmanische Truppen 1908 den Sandžak wieder in Besitz nehmen, doch im Ersten Balkankrieg von 1912/13 teilten ihn Serbien und Montenegro untereinander auf. Dies hatte mittelfristig einen grundlegenden Wandel der ethnischen Struktur der Region zur Folge: Die auf bis zu 80% geschätzte türkischsprachig-muslimische Bevölkerungsmehrheit trat die Flucht vor dem Kreuz an und emigrierte in die noch osmanischen Teile des Balkans bzw. nach 1918 in die neue Türkei, wohingegen südslawischsprachige Muslime, aber auch Christen, aus dem habsburgisch bzw. später jugoslawisch regierten Bosnien nachrückten. Auch in geopolitischer Hinsicht hat der Sandžak eine 90-Grad-Wende erfahren: Vom strategischen Korridor zwischen dem osmanischen Vorposten Bosnien und den albanisch-makedonisch-thrakischen Kernprovinzen der Europäischen Türkei wurde er zum Bindeglied zwischen Serbien und Montenegro innerhalb des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sowie schließlich der Bundesrepublik Jugoslawien.

Ihren Charakter als außengesteuertes Objekt verlor die Region Sandžak lediglich in der Endphase des Zweiten Weltkriegs, als der Abzug der italienischen Truppen vom September 1943 der regionalen, kommunistisch dominierten Partisanenbewegung die Errichtung „befreiter Gebiete“ im Norden des bis dahin italienisch besetzten Montenegro ermöglichte. Der „Antifaschistische Landesrat der Volksbefreiung des Sandžak“ proklamierte zwar am 20.

November 1943 die Territorialautonomie beider Sandžakhälften innerhalb des künftigen jugoslawischen Föderation, doch wurde dies am 29. März 1945 bei der Gründung der serbischen und montenegrinischen Teilrepublik nicht berücksichtigt.

Die 1971 von Tito ausgesprochene Anerkennung der „Muslime als Nation“ hat sich auf die Muslime im Sandžak wesentlich weniger politisierend bzw. ethnokonsolidierend ausgewirkt als auf diejenigen in Bosnien. Erst das Übergreifen der von Milošević angeordneten Repressions- und Entlassungswelle vom Frühjahr 1989 im Kosovo auf den aus großserbischer Sicht nun als „zweites Kosovo“ bezeichneten Sandžak sowie der Zerfall des Titoschen Bundesstaates 1991 haben hier eine Mobilisierung in Richtung eines säkularen, ethnisch determinierten „Bosniakentums“ bewirkt. Aus Belgrader Perspektive hingegen handelt es sich bei den Muslimen des Sandžak nicht um eine eigenständige ethnische Gruppe, sondern um Serben islamischen – und damit „falschen“ – Glaubens. Der für die Nationalismen des Balkans so typische Jargon der Eigentlichkeit, dem zufolge der jeweils Andere „eigentlich“ zur eigenen Gruppe gehört, entsprechend kein Anrecht auf sein Anderssein hat und gegebenenfalls gegen seinen Willen neuerlich „nostrifiziert“ bzw. im konkreten Fall: (re-)christianisiert werden kann, widrigenfalls aber „gesäubert“ werden muß, wirkt sich im Spannungsfeld von serbischem, bosnischem und bosniakischem Nationalismus besonders fatal aus.

### *(3) Krisenhafte Entwicklung in den neunziger Jahre*

Die politische Entwicklung im Sandžak verlief bis 1992 weitgehend parallel zu derjenigen in Bosnien: Großserbischer Druck führte auch hier zu muslimischer Mobilisierung und Radikalisierung. Äußerer Beleg dieser Parallelität war die Tatsache, daß die dominierende Partei unter den Muslimen in beiden Fällen auch hier die am 26. Mai 1990 von Alija Izetbegović gegründete „Partei für Demokratische Aktion (*Stranka demokratske akcije* - SDA)“ war. Allerdings waren innerhalb des am 29. Juli 1990 formierten Sandžak-Ablegers von Anfang an zwei Strömungen erkennbar - eine „großbosnische“, die anfänglich den Republiksstatus, dann den Anschluß an den neuen bosnischen Nachbarstaat forderte, sowie eine gemäßigte, „jugoslawientreue“ Richtung, die ihre Forderung nach Autonomie in diejenige einer Regionalisierung Serbiens modifizierte. Bei den serbischen Parlamentswahlen vom Dezember 1990 trat die SDA erstmals im Sandžak an, wo sie auf Anhieb die meisten muslimischen Stimmen erhielt. Dergestalt ermutigt, bildete der Vorsitzende der SDA des Sandžak, der Zahnarzt Sulejman Ugljanin (\*1956), am 19. Mai 1991 zusammen mit anderen muslimischen Organisationen den „Muslimischen Nationalrat des Sandžak“ (*Muslimansko Nacionalno Veće Sandžaka* – MNVS), der vom 25. bis 27. Oktober 1991 ein Referendum über „volle politische und territoriale Autonomie“ der Region einschließlich des „Rechts [zur Integration in] eine der souveränen Republiken“ der Föderation durchführte. 185.437 bzw. 70,2% der 264.156 Wahlberechtigten sollen sich an dem Referendum beteiligt haben, wobei 183.301 bzw. 98,9% den Autonomievorschlag befürwortet haben sollen. In der Folge schlossen sich fünf der Gebietskörperschaften des serbischen Sandžakteils mit dreien des montenegrinischen zur „Muslimischen Autonomen Region Sandžak“ zusammen und bildeten im November 1991 eine Schattenregierung unter Ugljanin als „Präsident“ und SDA-Generalsekretär Ljajić (\*1964) als „Premierminister“. Belgrad und Podgorica, die das Referendum nach Kräften behindert hatten, erkannten das Ergebnis selbstredend nicht an, sondern übten politischen und physischen Druck auf die Protagonisten der Autonomiebewegung aus. In Montenegro, wo der Zulauf zum Referendum deutlich schwächer als im Nordteil war, setzte im Herbst 1991 eine Welle von Anschlägen auf muslimische Läden, Restaurants und Häuser ein, und im Sommer 1992 wurde die Stadt Plevljja zum Brennpunkt von Gewalt gegen Muslime seitens serbischer Miliz und großserbisch-paramilitärischer Gruppen.

Der Druck des Regimes auf die Muslime im Sandžak verstärkte sich im Zuge des Krieges in Bosnien und Herzegowina 1992 dramatisch. Neben den gegenüber den Muslimen in der Regel willkürlich und gewaltbereit auftretenden Milizkräften wurden nun zusätzlich Einheiten der Sonderpolizei und der Armee Jugoslawiens stationiert. In Kombination mit den Nachrichten über die Todeslager und Massaker in Bosnien führte die massive Präsenz an Sicherheitskräften und deren systematische Menschenrechtsverletzungen zu einer explosiven Stimmung im Sandžak sowie zu massenhafter Auswanderung. Als Gegenstrategie betrieben Ugljanin und Ljajić vom Sommer 1992 an energisch die Internationalisierung der Sandžak-Frage, wobei ihnen eine Einladung zur Londoner Jugoslawienkonferenz Ende August gut zu pass kam. Ebenfalls positiv wirkte sich diesbezüglich der Umstand aus, daß im Juli 1992 der gemäßigte Milan Panić zum Ministerpräsidenten Jugoslawiens gewählt wurde, der im September 1992 der neuen *CSCE Mission of Long Duration to Kosovo, Sanjak and Vojvodina* die Einrichtung einer Außenstelle in Novi Pazar gestattet. Mit dem Wechsel Slobodan Miloševićs vom Amt des serbischen Präsidenten in dasjenige des jugoslawischen im Dezember 1992 wurde der Aktionsradius der KSZE-Mission indes beschnitten und im Juni 1993 wurde sie des Landes verwiesen. Aufgrund dieser Entwicklung verließ am 5. Juli auch „Präsident“ Ugljanin sicherheitshalber das Land und baute in Istanbul eine Art Exilregierung des Sandžak auf. Nach dem Hinauswurf der internationalen Beobachter setzte im Herbst 1993 eine Verhaftungswelle gegen politische Aktivisten im Sandžak ein, der eine Prozesswelle folgte. Als einer der Voirwände hierfür diente die Veröffentlichung eines „Memorandums über den Sonderstatus des Sandžak“ durch den MNVS, in dem die Kompetenzen von Bundesstaat, Republiken und Autonomiegebiet beschrieben sowie die Ko-Vorsitzenden der Genfer Jugoslawien-Konferenz als Signatare benannt werden. Aus der Sicht des Regimes grenzte dies an Hochverrat.

Die Mehrheit der Muslime reagierte auf die Repressionswelle mit dem Boykott der Parlamentswahlen in Serbien vom 19. Dezember 1993. Von nun an sassen in der Belgrader Skupština nicht mehr SDA-Abgeordnete, sondern solche der Milošević-treuen „Reformpartei des Sandžak“ (*Reformna stranka Sandžaka*) und des „Bundes der Sandžak-Jugoslawen“ (*Savez Sandžaklija-Jugoslovena*). Parallel zum politischen Kampf innerhalb Serbiens und Montenegros forcierte Ugljanin die Internationalisierung der Sandžak-Frage. Am 10. Februar 1994 empfingen ihn in Genf die beiden Ko-Vorsitzenden der Jugoslawien-Konferenz, Lord Owen und Thorvald Stoltenberg, denen er sein Sonderstatusprojekt vortrug.

1995 kam es zum Zerwürfnis zwischen dem weiterhin im türkischen Exil befindlichen Ugljanin und SDA-Generalsekretär Ljajić, im Zuge dessen letztgenannter Ugljanin aus der Partei ausschloss und selbst den Parteivorsitz übernahm. Dies bewog Ugljanin, seine Rückkehr zu planen – ein Vorhaben, zu dessen Verwirklichung er offensichtlich Kontakte zu Belgrad aufnahm. Obwohl gegen ihn ein Haftbefehl vorlag, konnte er am 30. September 1996 unbehelligt nach Novi Pazar zurückkehren und seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen. Als erstes setzte er durch, daß die serbischen Kommunalwahlen vom November 1996 nicht wie zuvor von den Muslimen boykottiert werden sollten und schmiedete aus SDA, MVNS und anderen Gruppierungen eine „Liste für den Sandžak“, welche in den muslimisch dominierten Städten und Gemeinden einschließlich Novi Pazars die Stimmenmehrheit errang. Optimistisch verkündete Ugljanin, daß das Nahziel der Territorialautonomie unmittelbar bevorstehe.

Unverkennbar war es der Effekt des Dayton-Abkommens gewesen, der das Regime in Belgrad zu einer gemäßigteren Gangart im Sandžak veranlaßte. Belege hierfür waren neben Ugljanins aufsehenerregender Rückkehr Revisionen der Urteil gegen Muslime aus den Jahren 1993 und 1994 sowie eine Reihe von Begnadigungen. Im März 1996 wurde ein prominenter Muslim aus Titos Tagen, Ferid Hamidović, gar zum stellvertretenden serbischen Umweltminister ernannt. Durch den Sieg in den Kommunalwahlen in Sicherheit gewiegt, initiierte Ugljanin eine muslimische *roll back*-Strategie im serbischen Teil des Sandžak, in

deren Rahmen Serben im öffentlichen Dienst und in Staatsbetrieben entlassen und die Flagge des MNVS in öffentlichen Gebäuden aufgezogen wurden. Als serbische Regionalpolitiker dagegen protestierten, kündigte Ugljanin eine Sitzung des MNVS an, auf der „möglicherweise eine Resolution über die Autonomie des Sandžak verabschiedet wird“. Damit endete die Nach-Dayton-Phase abgemilderter Repression im Sandžak: Am 10. Juli 1997 wurden per Dekret der serbischen Regierung mit Milizunterstützung der gewählte Bürgermeister von Novi Pazar, Fevzija Murić, sowie eine Reihe weiterer Ugljanin-Leute abgesetzt und an ihrer Stelle Administratoren ernannt, bei denen es sich entweder um Serben bzw. Montenegriner oder aber um muslimische Mitglieder von Miloševićs „Serbischer Sozialistischer Partei“ (SPS) und der „Jugoslawischen Vereinigten Linken“ (JUL) seine Ehefrau Mira Marković handelte. Zugleich wurde die Anklage gegen Ugljanin von 1993 wieder in Kraft gesetzt. Dieser Schritt veranlaßte die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments, Doris Pack, bei einem Brüssel-Besuch Ugljanins im August 1997 internationale Vermittlung zwischen Belgrad und Novi Pazar zu fordern. Die politisch nun immer stärker fragmentierten Muslime der Region hatten dem Oktroi aus Belgrad außer einen neuerlichen Boykott der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Serbien vom 21. September 1997 nichts entgegenzusetzen. Aufgrund eines 1996 gefaßten Beschlusses des montenegrinischen Parlaments zur Anerkennung einer ethnischen Gruppe der Muslime beteiligten sie sich allerdings an den Präsidentschaftswahlen in Montenegro vom 5. Oktober und verhalfen dem vorsitzenden der „Demokratische Partei der Sozialisten“ (DPS), Milo Djukanović, so zum Sieg. Spätestens von diesem Datum an trennten sich die Wege der muslimischen Eliten in den beiden Hälften des Sandžak.

Obwohl unter Anklage stehend, konnte Ugljanin auch nach 1997 politisch tätig bleiben. Am 19. Juli 1999 nahm der von ihm gesteuerte MNVS in Novi Pazar eine „Deklaration über die Rechte der Bosniaken auf politische und nationale Gleichberechtigung“ sowie ein „Memorandum über die Autonomie des Sandžak und besondere Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina“ an, das insofern irreführend betitelt war, als darin nicht Autonomie, sondern der Status eines Föderationssubjekts für die Region gefordert wurde – eine eigene Teilrepublik innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien also. Während das Regime auf die Provokation mit dem Verbot des MNVS-Organs *Sandžačke novine* reagierte, regte sich Protest unter der einflußreichen islamischen Geistlichkeit des Sandžak. Deren oberster Führer, Mufti Muamer efendi Zukorlić, der bereits im Februar 1997 mit Ugljanin aneinander geraten war, beschuldigte diesen des politischen Hazards und machte sich an die Gründung einer eigenen, gemäßigten konfessionellen Partei, des „Volkskongresses bosniakischer Jugoslawen“ (*Naroden Kongres Bosanskih Jugoslovenaca* – NKBJ). Ugljanins Rivale Ljajić schließlich setzte dem radikalen Memorandum im Januar 2000 einem moderaten „Plan für den Sandžak“ entgegen, gemäß dem der serbische Teil zu einer „multikulturellen und multiethnischen Region in einem demokratischen, dezentralisierten und regionalisierten Serbien“ werden sollte. Den innermuslimischen Streit im Sandžak nutzte das Milošević-Regime zur gezielten Vertiefung des Konflikts zwischen muslimischen Radikalen und Gemäßigten. Zum einen wurde Ugljanin die Möglichkeit eingeräumt, bei den bevorstehenden jugoslawischen Präsidentschaftswahlen als Kandidat anzutreten, um so die muslimischen Wählerstimme im Sandžak weg vom Oppositionskandidaten Vojislav Koštunica auf sich selbst zu ziehen – und damit Milošević zum Wahlsieg zu verhelfen -, zum anderen machte der serbische Ministerpräsident Mirko Marjanović bei einem Besuch in Novi Pazar im März 2000 der Hauptmoschee der Stadt einen Gebetsteppich zum Geschenk – eine nur nach außen hin versöhnliche Geste, die in Wahrheit Mufti Zukorlić in die Nähe des Regimes zu rücken und damit zu diskreditieren suchte.

#### *(4) Umwälzungen 2000/01*

Der Kosovokrieg, die Entstehung des Protektoratsgebiets und der Machtwechsel in Belgrad haben starke Auswirkungen auf die Muslime im Sandžak. Im serbischen Teil wird das Schrumpfen der muslimischen Anteile Jugoslawien durch die Staatsgründung Bosniens und Herzegowinas, durch die *de facto*-Eigenstatlichkeit Kosovos sowie durch die bevorstehende Teilung des Sandžak im Zuge des geplanten Unabhängigkeitsreferendums in Montenegro als Schwächung und damit als Bedrohung aufgefaßt. Andererseits haben das Ende des repressiven und anti-muslimischen Milošević-Regimes durch die demokratische Opposition zu politischer Entspannung geführt. Ihren deutlichsten Ausdruck findet diese in der Tatsache, daß einer der beiden prominentesten Sandžak-Politiker, der Gemäßigte Ljajić, als Minister für nationale und ethnische Gemeinschaften in die Regierung Koštunica eingetreten ist. Partiiell anders ist die Perspektive der Muslime im montenegrinischen Teil des Sandžak, die bereits 1996 einen Interessenausgleich mit der Regierung Djukanović erzielt haben. Ungeachtet der kulturellen, wirtschaftlichen und familiären Bindungen in den serbischen Teil unterstützen sie mehrheitlich das montenegrinische „Los von Belgrad“-Streben.

Die Wahlen auf Bundes-, Republiks- und Gemeindeebene im September und Dezember 2000 demonstrierten, daß sich die muslimische Parteienlandschaft des Sandžak in den Jahren des Milošević-Regimes zwar nicht ausdifferenziert hat, aber doch in Bewegung geraten ist. Zwar unterlag Ljajićs „SDA-Koalition „Sandžak““ in den Bundes- und Kommunalwahlen vom 23. September 2000 der „SDA/Liste für den Sandžak „Dr Sulejman Ugljanin““, doch siegte Ljajićs neue „Partei der demokratischen Prosperität (*Stranka demokratskog prosperiteta* – SDP)“ im Bündnis mit Djindjićs DOS in den serbischen Parlamentswahlen vom Dezember, da Ugljanin diese boykottierte. Ljajićs Belgrader Ministerposten hat bei diesem Wahlerfolg zweifelsohne auch eine Rolle gespielt. Sein Renomme stieg bei den zunehmend konfliktmüden Muslimen des Sandžak weiter, als im Januar 2001 das Bezirksgericht in Novi Pazar das Revisionsverfahren gegen 24 Muslime, die 1993 wegen „sezessionistischer Verschwörung“ verurteilt worden waren, eröffnete. Die Aussicht auf ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit sowie auf noch stärkere Vertretung der Region in den obersten Republiks- und Föderationsgremien dürfte mittel- und langfristig die Reputation und das Charisma des erratischen Ugljanin aufwiegen, gar reduzieren. Hinzu kommen Spaltungstendenzen im radikalen Lager: Im Januar 2001 kündigte der Vorsitzende der Ugljanin-SDA, der genannte ehemalige Bürgermeister von Novi Pazar, Murić, dem Parteipatriarchen die Gefolgschaft und machte sich gemeinsam mit einem anderen Ugljanin-Getreuen, Azem Hajdarević, an die Gründung einer neuen muslimischen Partei. Deren Ziel ist, einen regionalen Sonderstatus für den Sandžak sowie die verfassungsrechtliche Anerkennung der Sandžak-Muslime als „Nation der Bosniaken“ zu erreichen – zwei Forderungen, die sich mit Ljajićs Vorstellungen weitgehend decken.

Die Parlamentswahlen in Montenegro vom 22. April 2001 samt dem vorausgegangenen Wahlkampf haben die gänzlich andersartigen Verhältnisse im montenegrinischen Sandžakteil gegenüber dem serbischen einmal mehr hervortreten lassen. Die Muslime, die hier keine ethnischen Parteien gegründet haben, sondern mehrheitlich die DPS Djukanović unterstützen, haben auch diesmal nahezu einstimmig für diese Partei und damit für die Unabhängigkeit des Landes gestimmt. Erleichtert wurde ihnen das durch den antiislamischen Wahlkampf der oppositionellen, serbisch dominierten und jugoslawisch orientierten „Sozialistischen Volkspartei“ Predrag Bulatovića. Hinzu kommt, daß etliche Muslime Parteiämter in der DPS versehen bzw. Ministerposten inne haben.

#### *(5) Auswirkungen einer Auflösung der serbisch-montenegrinischen Föderation sowie einer Staatswerdung Kosovos auf die beiden Hälften des Sandžak*

Ebenso wie Belgrad und Podgorica unterschiedlicher Meinung bezüglich einer Auflösung der nur noch auf dem Papier bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien sind, gehen – wie gezeigt –

auch die Meinungen der Muslime in den beiden Teilen des Sandžak hierzu auseinander. Die Wiedereinführung der erst im Oktober 2000 aufgehobenen Zollkontrollen an den Grenzen der Teilrepublik Serbien zu Montenegro und Kosovo Mitte Februar 2001 ist von Muslimen beiderseits der Grenze scharf kritisiert worden. Dennoch sind im montenegrinischen Sandžak die Unabhängigkeitstendenzen deutlich stärker als das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Muslimen im Norden. Die regionalen Eliten im serbischen Sandžak-Teil sehen dies zwar anders, doch stellt man sich hier bereits auf besondere zwischenstaatliche Regelungen für die neue Grenzregion ein. Das regionale Konfliktpotential liegt also nicht bei den Muslimen, sondern bei den sich mehrheitlich als Serben deklarierenden christlichen Südslawen im Norden Montenegros, die den Vasojević-Clan bilden, sowie bei den dort stationierten Einheiten der Armee Jugoslawiens, die 50.000 Soldaten umfassen, darunter allerdings zahlreiche Montenegriner. In diesem Zusammenhang könnte auch der Umstand Bedeutung gewinnen, daß in den 15.000 Mann starken regulären wie militärähnlichen Polizeieinheiten der Teilrepublik Montenegro die landesweit 16% der Bevölkerung ausmachenden Muslime mit 33% überproportional vertreten sind.

Mit dem Ergebnis der Wahlen in Montenegro vom 22. April – nur 44 von 77 Parlamentssitzen an die „Unabhängigkeitsfraktion“, also keine für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit – ist das Schicksal der so asymmetrischen jugoslawischen Föderation unsicherer denn je. Zwar könnte Präsident Djukanović mit dieser absoluten Mehrheit das Unabhängigkeitsreferendum wie geplant für Anfang Juli anberaumen, doch deutet einiges auf eine Verschiebung über den Sommer 2001 hinaus hin. Während für die Zeit nach der Auflösung der Föderation mit Blick auf Serbien mit massiven Dezentralisierungsforderungen sowohl des Sandžak und der Vojvodina als gerade auch der nahezu völlig serbischen Šumadija zu rechnen ist, erscheint die Entwicklung in Montenegro offen: Keine der drei Minderheiten von Muslimen, Serben und Albanern hat bislang Territorialautonomie oder andere Formen von Devolution gefordert.

Die Festlegung eines künftigen Status für Kosovo wird für die beiden Teile des Sandžak erhebliche wirtschaftliche und sicherheitspolitische Implikationen haben. Zum einen war und ist Kosovo zweifelsohne ein Markt für die Leichtindustrie Novi Pazars, zum anderen ist nicht auszuschließend, daß die albanische Minderheit im montenegrinischen Sandžakteil gleich derjenigen in Südserbien und Nordmakedonien zur Zielgruppe von Agitation und Aktion solcher extremistischer Kräfte im Kosovo wird, die für eine „Gross-Kosovo“ kämpfen. Aus der Perspektive der Muslime in beiden Sandžakhälften ist daher aus politischen wie aus ökonomischen Gründen ein Verbleib des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien bzw. der Republik Serbien *prima vista* vorteilhafter als ein Ausscheiden. Sicherheitspolitisch gesehen jedoch ist das Destabilisierungspotential eines unabhängigen Kosovo kleiner als dasjenige des derzeitigen Schwebezustandes bzw. einer „Rückkehr nach Belgrad“.

#### *Literatur*

- Andrejevich, Milan: The Sandzak: The Next Balkan Theater of War? In: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report 1 (1992), H. 47 (27. November 1992), S. 26-43.
- Böckler, Stefan, Rita Griseni: Das Autonomiestatut für Trentino-Südtirol: ein Modell für die Befriedung ethnischer Konflikte im mittleren Donauraum? Milano, Berlin 1996.
- Briza, Jan: Minority Rights in Yugoslavia. London 2000 (= Minority Rights Group International Report).
- Clewing, Konrad: Sandžak von Novi Pazar. In: Studienhandbuch Östliches Europa. Bd. 1: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas. Hrsg. Harald Roth. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 347-348.
- Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Hrsg. Dunja Melčić. Opladen 1999.



Härtel, Hans-Joachim: Sandžak. In: Der ruhelose Balkan. Die Konfliktregionen Südosteuropas. Hrsg. Michael Weithmann. München 1993, S. 205-207.

Hoppe, Hans-Joachim: Auf die eigenen Kräfte stützen ... Die vergessenen Muslime im Sandžak. In: Osteuropa 44 (1994), H. 8 (August), S. A 465- A 468.

International Crisis Group: Sandzak: Calm For Now. Brussels, 9 November 1998 (= URL <http://212.212.165.2/ICGold/projects/serbia/reports/yu04rep.htm>).

Jelavich, Charles: Sanjak (Sandžak) of Novi Pazar. In: Encyclopedia of Eastern Europe. From the Congress of Vienna to the Fall of Communism. Ed. Richard Frucht. New York, NY, London 2000, S. 711.

Memić, Mustafa: Bošnjaci-muslimani Sandžaka i Crne Gore. Sarajevo 1996.

Mušović, Ejup: Etnički procesi i etnička struktura stanovništva Novog Pazara. Beograd 1979.

O. A.: Serbien: Muslime. In: Bibliographisches Handbuch der ethnischen Gruppen Südosteuropas. Hrsg. Gerhard Seewann, Péter Dippold. Bd. 2, München 1997, S. 1039-1040 (= Südosteuropa-Bibliographie. Ergänzungsband, 3).

Partizanska autonomija Sandžaka 1943-1945. ZAVNO Sandžaka – dokumenata. Hrsg. Zoran Lakić. Beograd 1992.

Popovic, Alexandre: L'Islam balkanique. Les musulmans du sud-est européen dans le période post-ottomane. Berlin, Wiesbaden 1986.

Rondić, Dženan: Sandžak: a geographical and political analysis. In: South-East Europe Review for Labour and Social Affairs 3 (2000), H. 1, S. 131-134.

Rossig, Rüdiger: Sandžak. In: Konfliktregionen Südosteuropas im Zeitalter des Nationalismus. Teil 2. Hrsg. Holm Sundhaussen, Heiko Hänsel. Berlin 2001, S. 19-24 (= Arbeitspapiere Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin H. 4).

Schmidt, Fabian: The Sandzak: Muslims between Serbia and Montenegro. In: Radio Free Europe/Radio Liberty Research Report 3 (1994), H. 6 (11. Februar 1994), S. 29-35.

Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur. Ein Handbuch. Hrsg. Magarditsch Hatschikjan, Stefan Troebst. München 1999.